

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Martina Fehlner, Ruth Müller SPD**

vom 19.02.2020

- mit Drucklegung -

Tierquälerei Tiertransporte: Was unternimmt Bayern dagegen?

Die ZDF-Sendung 37 Grad (18.03.2020) und die Süddeutsche Zeitung (19.02.2020) berichten über einen grausamen Tiertransport aus dem Landkreis Miesbach. Er führte nach den Medienberichten über die Slowakei und Spanien nach Libyen und damit in ein Land, in das Bayern keine Tiere exportieren will, weil dort Tierschutzstandards nicht eingehalten werden. Im Filmbeitrag wurden beispielsweise Tiere in diesen Ländern - obwohl schwer verletzt - mit einem Kran entladen, um sie noch weiter zu transportieren oder zu schächten, und trächtige Kühe tagelang nach Usbekistan transportiert. In Ägypten sind, wie der Filmbericht zeigt, schreckliche Quälereien wie das Ausstechen der Augen keine Ausnahme.

Wir fragen daher die Staatsregierung:

1a) Was ist der Staatsregierung und den bayerischen Behörden über den o.g. Transport im Detail bekannt?

1b) Seit wann ist der Staatsregierung und den bayerischen Behörden die Praxis bekannt, angeblich Zielorte für Tiertransporte festzulegen und dann im Ausland andere Ziele auszuwählen?

1c) Was hat die Staatsregierung seitdem gegen diese Praxis konkret unternommen?

2a) Wann haben die zuständigen Behörden von dem eigentlichen Ziel des Tiertransportes erfahren?

2b) Wie genau wurde von den zuständigen Behörden kontrolliert, wohin der Tiertransport gehen sollte?

2c) Wurde der angebliche Zielort in Divin, Slowakei, genauer überprüft (zum Beispiel durch Internetrecherche)?

3a) Ist der verantwortliche Viehhändler bzw. die Firma, der die Tiere nach Divin transportiert hat, Staatsregierung und Behörden bekannt?

3b) Ist er bereits länger in diesem Geschäft tätig?

3c) Sind der Staatsregierung und den zuständigen Behörden ähnliche Vorfälle mit diesem Viehhändler bzw. dieser Firma bekannt?

4a) Welche Maßnahmen und (rechtlichen) Schritte werden oder wurden gegen den Viehhändler bzw. die Firma bisher eingeleitet?

4b) Welche Maßnahmen bzw. rechtlichen Schritte sind noch geplant?

4c) Falls keine Maßnahmen und (rechtlichen) Schritte geplant sind, warum nicht?

5a) Wie will die Staatsregierung die Überprüfung und Kontrollen in diesem Bereich verbessern?

5b) Welche Bundesratsinitiativen hat die Staatsregierung bis heute dazu gestartet? 5c) Ist es korrekt, dass in anderen Bundesländern solche Transporte durch landesrechtliche Regelungen untersagt wurden?